

E 004 DGB-Bezirksvorstand Sachsen

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen als Material zu Antrag E 001

Rechtsextremismus - Verbot der NPD

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundeskongress fordert ein Verbot der NPD.

Darüber hinaus fordert der DGB-Bundeskongress eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung von allen demokratischen Parteien und Organisationen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Der DGB unterstützt Initiativen von gesellschaftlichen Partnern zur Ächtung von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert mit der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Verband der kommunalen Arbeitgeber und dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) in Verhandlungen über eine gemeinsame Erklärung zur Ächtung von Rechtsextremismus und Gewalt zu treten und sich gemeinsam für konkrete Projekte in Betrieben, Verwaltungen und Berufsschulen einzusetzen.

Jegliche Gewalt, insbesondere die Gewalt von Rechtsextremen gegen Ausländer und politisch Andersdenkende darf nicht geduldet werden. Rechtsextreme Gewalttäter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Die Polizei muss dazu materiell und personell besser in die Lage versetzt werden. Nötig ist nicht der Abbau der Polizei, sondern die personelle und materielle Stärkung der Polizei.

Zur Auseinandersetzung mit der NPD reichen Appelle und Erklärungen allein nicht aus. Sie ist auch nicht zum Nulltarif zu haben. Es gilt die sozialen Ursachen zu bekämpfen. Nötig sind ausreichende finanzielle und personelle Mittel für Jugendarbeit, für Schule und Ausbildung. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Der Sozialstaat hat eine wesentliche Aufgabe in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Organisationen. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus müssen gestärkt werden und vor Ort nachhaltige Wirkung zeigen.

Die Zivilcourage der Menschen muss gefördert werden. Schweigen und Übersehen bedeutet schon dulden. Wegschauen und Ausweichen sind keine Sache von Demokraten.